

Antrag an die 27. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen und Gleichstellungsbeauftragten in Leipzig 2023

Antragstellerin: LAG Saarland

Antragsnummer:

Gegenstand des Antrags:

Umsetzung der Freistellung für Väter, die ihre Partner*innen entlasten und Verantwortung übernehmen wollen.

AdressatInnen: An die Bundesregierung

Antrag:

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Einführung einer Vaterschaftsfreistellung jetzt umzusetzen. Diese soll mindestens zwei Wochen nach der Geburt abdecken und in Höhe des Krankengeldes ausgezahlt werden.

Begründung:

Eltern zu werden ist ein gewaltiger Rollenwechsel. Das gilt für Frauen, wie für Männer. Für Frauen (die mit der Geburt die Hauptlast der Familiengründung tragen) gibt es wichtige Schutzmechanismen. In den 14 Wochen um den errechneten Geburtstermin dürfen Frauen nicht (oder nur mit Einwilligung) arbeiten. Männer sind am Tag nach der Geburt oft wieder auf der „Schicht“. Mit dem Mutterschutz wird den frischgebackenen Müttern die vollständige Verantwortung übertragen. Auf der anderen Seite drohen viele Väter an dem Rollenwechsel zu scheitern. Darum sollte der Staat dafür sorgen, dass Papas die ersten zwei Wochen in der neuen Rolle mit der Familie verbringen.

Der Mann wird nach der Geburt als Vater gebraucht. Er wird gebraucht, um seine Partnerin zu entlasten, damit sie auch mal schlafen kann. Er wird gebraucht, um zu trösten. Er wird gebraucht, damit das Kind eine Bindung zu ihm aufbauen kann. Das alles kann nicht geschehen, wenn der Mann vor allem arbeitet. Darum muss es zum Standard werden, dass Männer nach der Geburt zuhause sind.

Viele Väter decken den Zeitraum nach der Geburt heute mit einem oder zwei Monaten Elternzeit ab. Die Elterngeldmonate sind jedoch sehr begrenzt. Dieser Monat fehlt, wenn die Mutter wieder arbeiten möchte und der Vater einige Monate am Ende der Elternzeit übernehmen möchte. Die Vaterschaftsfreistellung baut diese Hürde teilweise ab.

Andere Väter nehmen Urlaub zum errechneten Geburtstermin. Doch eine frühere oder spätere Geburt machen den Plan, sich sofort um das Kind kümmern zu können, oft zunichte.

Alle Parteien der Ampelregierung haben sich zur Vaterschaftsfreistellung bekannt. Doch umgesetzt wurde sie bisher noch nicht.

Mirjam Altemeier-Koletzki